

EDITORIAL

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER, die die Landtagswahl am 9. Oktober ist ein wichtiges Thema von »Burgwedel im Blick«. Mit Tim Julian Wook bewirbt sich ein junger engagierter Kommunalpolitiker sehr aussichtsreich für das Direktmandat im Wahlkreis. Burgwedel braucht zusammen mit Isernhagen und Langenhagen eine starke Stimme im Landtag. Was ihn bewegt und wofür er sich einsetzt, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Seit gut einem Jahr ist Rebecca Schamber als direkt gewählte Abgeordnete Mitglied des Deutschen Bundestags. Sie gibt einen Einblick in ihre Arbeit für den Wahlkreis und als Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Der Neubau des Krankenhauses in Großburgwedel soll von Region und Land angepackt werden. Über die Pläne ist es in den vergangenen Monaten sehr ruhig geworden. Bleibt zu hoffen, dass die Stadt ihre Hausaufgaben macht. Fragen stellen sich zu Wohnmöglichkeiten der Beschäftigten und Nachnutzungskonzepten zum jetzigen Standort. Jede Chance zum Schaffen von bezahlbarem Wohnraum auch in Burgwedel muss genutzt werden.

Gut gestartet ist die IGS Burgwedel, die für ein wichtiges Angebot in der Schullandschaft der Stadt sorgt.

Herzlichst

Andreas Strauch
Vorsitzender der SPD Burgwedel

BURGWEDEL IM GESPRÄCH:**DER »EICHENHOF BURGWEDEL«**

Vom Altern in Würde und Wertschätzung im Pflegeberuf



Planungsskizze des Eichenhofs.

Seit Januar dieses Jahres entsteht auf dem Areal zwischen Von-Alten-Straße und Fuhrberger Straße der EichenHof Burgwedel, ein Schwesterunternehmen des WohnParks Großburgwedel. Zügig schreiten die Bauarbeiten voran und das Fachwerkhaus erstrahlt in neuem »alten« Glanz. Anke Bsteh traf sich mit den Geschäftsführern des EichenHofs Frank Scharpenberg und Yavuz Yasit und wollte wissen, welche Vision hinter dem Vorhaben »EichenHof Burgwedel« steckt und welche Rahmenbedingungen es für eine gute Arbeit in der Pflege braucht.

Anke Bsteh: Herr Scharpenberg, mit dem WohnPark Großburgwedel haben Ihre Eltern, Ihre Schwester und Sie als Familienunternehmen in den vergangenen 22 Jahren ein solides und rentables Unternehmen aufgebaut, welches Menschen im Alter ein selbstbestimmtes, sicheres und komfortables Leben ermöglicht. Nun gibt es ein neues Projekt – den EichenHof. Welche Vision steckt hinter diesem Vorhaben?

Frank Scharpenberg: In erster Linie soll der EichenHof ein zusätzliches Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner des Wohn-

Parks sein. Der EichenHof soll ein Ort für Jung und Alt werden. Wir möchten Stück für Stück eine Vielfalt von verschiedensten Möglichkeiten der Alltags- und Freizeitgestaltung für unsere Bewohner aber auch für externe Gäste schaffen. Der EichenHof wird mit der Ambulanten Pflege und unserer Tagespflege »EichenStube« das Leistungsangebot für ältere Menschen abrunden, damit diese bis ins hohe Alter in ihrer Häuslichkeit bleiben können und ihre bekannte und vertraute Umgebung nicht verlassen müssen.

Yavuz Yasit: Der EichenHof soll ein Ort für Senioren werden, der zu Burgwedel passt. Dorthin können Senioren unabhängig von der Schwere des Pflegegrades kommen. Die Herausforderung wird es sein, für jeden ein passendes Angebot zu schaffen, das jeden Einzelnen abholt und trotzdem für alle ist und den Vorgaben der Pflegekassen entspricht.

Anke Bsteh: Woher stammt eigentlich der Name EichenHof?

Frank Scharpenberg: Wir haben uns bei der Namensgebung mit der Historie des Hauses auseinandergesetzt, das im Original

Fortsetzung auf Seite 2



Der Eichenhof im Bau.

Fortsetzung von Seite 1

leider nicht erhalten werden konnte. Das ursprüngliche Haus hatte eine bewegte Vergangenheit. In den 70er Jahren war das Haus beispielsweise ein sehr beliebtes Steakhaus, welches damals schon wegen der Bäume im Hof den Namen Eichenhof trug.

Yavuz Yasit: Eichen stehen für Stabilität. Sie sind solide Bäume, die sehr alt werden. Das fanden wir für die zukünftige Nutzung des Hauses sehr passend.

Frank Scharpenberg: Der Wiederaufbau war neben der wirtschaftlichen Entscheidung auch eine sehr emotionale, da das ursprüngliche Gebäude eng mit der Geschichte meiner Familie verbunden ist. Wir sind lokal sehr verbunden und unserer Familie ist es wichtig, dass das Haus so originalgetreu wie möglich nachgebaut wird. Dafür haben wir auch ausschließlich regionale Unternehmen beauftragt.

Welche konkreten Angebote wird es zukünftig im EichenHof geben?

Yavuz Yasit: Auf der einen Seite haben wir das bereits existierende Angebot der klassischen ambulanten Pflege. Hier bieten wir die Grundpflege, medizinische Behandlungspflege, ganz normale Betreuungsleistungen an, aber auch eine haushaltsnahe Unterstützung wie die Reinigung der Woh-

nung und Einkaufen gehört zu unseren Aufgaben. Darüber hinaus sind wir in der Verhinderungspflege tätig. Und wir beraten unsere Kunden, denn viele Menschen wissen nicht, welche Möglichkeiten sie im Rahmen der häuslichen Unterstützung haben. Auf der anderen Seite wird es bald eine Tagespflege, die EichenStube, geben, welche pflegende Angehörigen entlasten soll. Wir möchten, dass unsere Bewohner und Kunden so lange wie möglich zufrieden in ihren eigenen vier Wänden leben können.

Wie kann man sich das Angebot der EichenStube vorstellen?

Yavuz Yasit: In der EichenStube erhalten die Senioren tagsüber die entsprechende Versorgung und Pflege. Aber nicht nur das - unsere Gäste der Tagespflege erhalten darüber hinaus ein buntes Tagesprogramm, welches den Körper und den Geist aktiviert. Dies schafft Abwechslung im Alltag und gibt Struktur. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, die Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. Dieses Angebot steht sowohl unseren Bewohnern des WohnParks als auch interessierten Burgwedeler Senioren mit einem Pflegegrad zur Verfügung. Unsere Kunden aus dem WohnPark haben dadurch ein hohes Maß an Sicherheit. Jede Leistung wird von uns erbracht und ist so-

mit aus einer Hand. Wenn etwas ist, sind die hauseigenen Fachkräfte vor Ort und können sofort helfen.

Auf Ihrer Homepage werben Sie für den EichenHof mit der Überschrift »Wertvolle Zeit im Alter schaffen«. Was macht für Sie die Zeit im Alter wertvoll?

Yavuz Yasit: Alt werden ist ein schwieriger Prozess. Ältere Menschen schauen auf ihr Leben zurück, was sie sich aufgebaut haben, wie sie ihre Kinder großgezogen haben. Sie blicken auf ihr Arbeitsleben, in dem sie ihr eigenes Geld verdient, ihre Freizeit verbracht haben oder mehrmals im Jahr verreist sind. Sie waren selbständig und unabhängig. Naja, und irgendwann geht es los. Die körperlichen Zipperlein nehmen zu, das Denken fällt schwerer, Auto fahren ist auch nicht mehr ganz ungefährlich. Die Eigenständigkeit nimmt ab. Von den Angehörigen aber auch von der Gesellschaft wird man anders wahrgenommen. Der Respekt der Gesellschaft den älteren Menschen gegenüber sinkt. In diesem Bewusstsein schauen wir auf unsere Bewohner und setzen uns mit deren Biografien auseinander. Und da wird schnell deutlich, was diese Menschen geleistet haben. Man bekommt eine Vorstellung, welch einem Umbruch sie ausgesetzt sind, was ihnen fehlt, was sie brauchen. Diesen Bedürfnissen wollen wir nachkommen. Ein Großteil unserer Kundschaft ist fit und will es auch bleiben.

Frank Scharpenberg: Dabei muss man sich auch immer die Frage stellen, warum die älteren Menschen zu uns kommen. Oft sind sie einsam und das soziale Umfeld hat sich verändert. Wir wollen den Prozess des Alterns zu einer wertvollen Zeit machen und den Tagesinhalt abwechslungsreich füllen – mit Freude, Veranstaltungen, Struktur, Kommunikation. Wir möchten unseren Bewohnern ihre Gewohnheiten, das Bekannte erhalten und dafür sorgen, dass sie selbständig bleiben. In unserem Haus kennt man sich. Wir pflegen ein familiäres Miteinander. Wir nehmen jeden unserer Bewohner ernst und gehen respektvoll miteinander um. Das ist ganz wichtig und schafft Vertrauen.

Herr Scharpenberg, im Januar dieses Jahres starteten Sie mit den Bauarbeiten des EichenHofes. Am 28. April konnten Sie bereits Richtfest feiern. Wann meinen Sie, werden Sie den Betrieb vollständig aufnehmen können?

Frank Scharpenberg: Wir sind zuversichtlich, dass es im April 2023 losgeht. Wir wollen



Die Geschäftsführung des Eichenhofs: Yavuz Yasit, Ina Stein und Frank Scharpenberg.

dann sowohl die Arbeit in der Tagespflege »EichenStube« aufnehmen als auch die Schlüssel an die Mieter der seniorengerechten Appartements übergeben.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter und mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit. Gleichzeitig haben wir einen Fachkräftemangel. Inwieweit spüren Sie den Pflegenotstand in Ihrem Unternehmen?

Yavuz Yasit: Natürlich sehen wir auf Bundesebene auch die Not. 2000 hatten wir ungefähr zwei Millionen Pflegebedürftige. 2020 sind es über vier Millionen in Deutschland. Es ist eine enorme Herausforderung, diesen Bedarfen nachzukommen. Damit das gelingt, muss der Pflegeberuf einfach auch attraktiver werden. Das Ansehen muss gesteigert und die Kompetenzen müssen erweitert werden, damit man auch das tun kann, was es braucht. Gezahlte Boni sind nett gemeint, aber diese sind nur temporär und lösen das Problem nicht.

Frank Scharpenberg: Uns ist der Pflegenotstand bewusst. Wir spüren ihn auch. Allerdings sind wir gut aufgestellt und haben Maßnahmen eingeleitet, die dem Pflegenotstand entgegenwirken. Daher bin ich optimistisch, dass wir diesen auch zukünftig nicht erreichen werden. Ich stecke den

Großteil meiner Arbeitszeit in die Personalführung. Mitarbeiter sind die Basis eines Unternehmens. Zufriedene Mitarbeiter, zufriedene Kunden, zufriedene Leitung. So einfach ist das. Das bedarf allerdings auch viel Engagement und zeitlichen Aufwand. Aber es lohnt sich. Wir arbeiten wertschätzend und respektvoll zusammen. Die Aufgabebereiche sind gut verteilt. Die Fluktuation in unserem Haus ist gering.

Wo sehen Sie den Handlungsbedarf seitens der Politik, dem Pflegenotstand entgegenzuwirken?

Yavuz Yasit: Die Politik muss die Weichen sinnvoll stellen und die Wertschätzung unseres Berufsstandes fördern. Das geht einher mit einer angemessenen Bezahlung unserer Arbeit und attraktiven Arbeitsbedingungen. Die gute Ausbildung von Fachkräften ist dabei ein zentrales Thema. Nur mit Qualität können wir den zukünftigen Herausforderungen entgegentreten. Da wünsche ich mir von Seiten der Politik auch wesentlich mehr Transparenz in der Kommunikation und weniger bürokratische Hürden.

Sicherlich leben viele Ihrer Bewohner und Bewohnerinnen bis an ihr Lebensende im WohnPark. Inwieweit integrieren Sie die Themen Sterben, Tod und Trauer in Ihre Arbeit?

Frank Scharpenberg: Das ist ein sehr wichtiges aber auch intimes Thema, welches mit Scham und Ängsten besetzt ist. Viele unserer Bewohner wollen das Thema nicht beleuchten, sodass wir eher reagierend als präventiv tätig sind. Schicksalhaft und äußerst schmerzlich ist es, wenn die Kinder vor einem sterben. Hier für die Menschen da zu sein, ihnen zuzuhören, in den Arm nehmen, ihnen einen sicheren Ort bieten, Trost spenden. Das ist es, was dann zählt. Erklären kann man da nicht viel, aber an ihrer Seite sein. Das bedeutet natürlich auch, dass wir als Team mit den Themen Tod und Trauer offensiv und respektvoll umgehen und eine eigene Haltung dazu haben.

YAVUZ YASIT: Und wenn wir unseren Bewohnern dann zum Lebensende hin noch den einen oder anderen Wunsch erfüllen können, ist das ganz viel – nicht nur für die Betroffenen und ihre Angehörigen, sondern auch für uns. Das sind unvergessliche und sehr intensive emotionale Momente, die einen selbst sehr demütig machen.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft hinsichtlich einer umfassenden und würdevollen Versorgung von Menschen im Alter?

Frank Scharpenberg: Was uns speziell in unserem Unternehmen für eine respektvolle Arbeit wichtig ist, ist die Förderung des Bewusstseins für die Biografien unserer Bewohner und Kunden. Daher ist die Biografiearbeit auch ein eigenständiger Punkt, so gesehen ein Qualitätsfaktor in unserer Arbeit. Erst wenn jeder von uns um die ganz individuellen Lebensgeschichten der Bewohner weiß, versteht er auch die Einzigartigkeit eines jeden, was wiederum zu einer wertschätzenden Pflege beiträgt. Ganz allgemein wünsche ich mir gutausgebildete, empathische und zufriedene Mitarbeiter, die genügend Zeit haben, mit Spaß, Humor, Motivation und Engagement am und mit Menschen zu arbeiten. Dafür braucht es aber einfach auch optimale Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung.

Lieber Herr Scharpenberg, lieber Herr Yasit, im Namen der SPD Burgwedel bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen für dieses sehr informative Interview und die damit verbundenen Einblicke in das Projekt »Eichenhof Burgwedel« und den WohnPark Großburgwedel. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Team viel Erfolg bei der Umsetzung Ihrer Visionen, weiterhin so einen tollen Zusammenhalt und bleiben Sie gesund. ■

LIEBE BURGWEDELERINNEN UND BURGWEDELER,



am 9. Oktober wählen Sie einen neuen Landtag. Mein Name ist Tim Julian Wook und ich möchte Ihr neuer Abgeordneter werden.

Zusammen mit unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil haben wir viel vor. Ich möchte diesen Artikel nutzen, um mich Ihnen vorzustellen und Ihnen meine wichtigsten Ziele für Burgwedel in den nächsten Jahren darzulegen.

Politik ist meine Leidenschaft. Es ist der Einsatz für die Gesellschaft, der mich antreibt. Als ehrenamtliches Mitglied der Kirchengemeinde, der AWO, des DRK, der Johanniter und der Feuerwehr arbeite ich aktiv an einem guten und aktiven Zusammenleben mit. Diese prägende ehrenamtliche Arbeit zeigt mir, dass eine Gesellschaft nur so gut ist, wie sie bereit ist füreinander zu geben. Gemeinsam mit Ihnen möchte ich mich für ein starkes Ehrenamt einsetzen und die zahlreichen Ehrenamtlichen in Burgwedel unterstützen - sei es in Sportvereinen, Nachbarschaftshilfen oder in einer der Hilfsorganisationen wie unseren freiwilligen Feuerwehren. Deshalb möchte ich für einen neuen Schub im Ehrenamt sorgen, indem die Leistungen der Ehrenamtskarte ausgebaut und die bürokratischen Hürden der ehrenamtlichen Arbeit abgebaut werden.

Bildung ist mein Herzensthema. Ich durfte selbst das Gymnasium und die IGS in

Langenhagen besuchen und dann Germanistik, Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre ohne Studiengebühren studieren und abschließen, wofür ich sehr dankbar bin. Doch es ist noch nicht alles perfekt. Es braucht die dritte Kraft in den Kitas und eine verbesserte Digitalisierung der Schulen. Vor allem die Corona-Krise mit den monatelangen Schulschließungen hat uns gezeigt, wie wichtig die Ausstattung in den Schulen ist. Um diese fair zu gestalten, braucht es die digitale Lernmittelfreiheit, also kostenlose digitale Geräte für alle Schülerinnen und Schüler. Außerdem müssen alle Lehrerinnen und Lehrer endlich gleich bezahlt werden.

Beruflich bin ich bei der Region Hannover angestellt. Bei der Ausübung meines Berufes konnte ich lernen, wie wichtig den Menschen eine gute gesundheitliche Versorgung vor Ort ist. Die Corona-Pandemie hat uns das noch einmal bestätigt. Für die gesundheitliche Nahversorgung in Burgwedel sind die hohe Ärztedichte und das Klinikum der Region Hannover in Burgwedel verantwortlich. Ich mache mich dafür stark, dass das Klinikum Burgwedel als regionales Gesundheitszentrum weiter ausgebaut wird. Außerdem setze ich mich für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflege und mehr Personal in der Alten- und Krankenpflege ein. Wir brauchen endlich eine Pflege-Offensive, die ihren Namen verdient!

Politisch durfte ich schon seit mehr als sechs Jahren wirken – als Ortsbürgermeister von Godshorn und Ratsherr im Stadtrat von Langenhagen. Dabei sind mir stets die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort am wichtigsten. Das können wir in Burgwedel ganz konkret machen: Ich möchte mich für eine Lärm- und Verkehrsreduzierung durch sichere, ruhige und sanierte Straßen wie in Fuhrberg auf der L310 einsetzen. Dazu gehört auch die Umsetzung von Tempo 30 innerhalb aller Burgwedeler Ortschaften. Wir erreichen mehr Sicherheit für Schulkinder, für ältere Menschen, für den Radverkehr und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Mobilität funktioniert nur, wenn sie auch bei den Menschen ankommt. Aus diesem Grund mache ich mich für eine bessere Verkehrsanbindung und Taktung des ÖPNV in Engensen, Fuhrberg, Wettmar, Thönse, Oldhorst und Kleinburgwedel stark. Dazu gehört auch ein Ausbau der Anbindung an den Rufbus SPRINTI.

Wohnen muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sein und ein gutes Umfeld bieten. Ich möchte, dass es für junge Menschen, Familien und ältere Menschen Wohnraum für alle Einkommen gibt. Deshalb setze ich mich für mehr bezahlbaren Wohnungsbau vor allem in Großburgwedel ein.

Liebe Burgwedlerinnen und Burgwedler, mit diesen Themen möchte ich die kommenden fünf Jahre als Ihr Landtagsabgeordneter zusammen mit unserem Ministerpräsident Stephan Weil dafür Sorge tragen, dass Niedersachsen weiterhin in guten Händen bleibt. Ich bin überzeugt, dass wir unser Land und Burgwedel gemeinsam gut gestalten werden. Daher bitte ich Sie herzlich, Stephan Weil und mir am 9. Oktober 2022 Ihr Vertrauen auszusprechen.

Ihr

Tim Julian Wook

SIE WOLLEN MEHR WISSEN?

Dann kontaktieren Sie mich unter kontakt@tim-wook.de, besuchen Sie mich auf meiner Website: www.tim-wook.de oder rufen Sie ganz einfach unter: **01515 9116328** an. Ich freue mich auf Sie.

BILDUNG TUT NOT

Ein Gastbeitrag von Stephan Weil



Stephan Weil, Ministerpräsident für Niedersachsen und Vorsitzender der SPD Niedersachsen

Bildung ist eines der entscheidendsten Themen unserer Gesellschaft. Kein Bereich des Lebens entscheidet so sehr über die eigenen Zukunftschancen. Bildung soll alle Kinder und Jugendlichen zur Teilhabe an unserer Gesellschaft befähigen und unabhängig von der sozialen Herkunft gute Perspektiven für die Zukunft bieten. Daher ist der Bildungsbereich auch eine Herzensangelegenheit für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten!

Seit unserem Regierungsantritt 2013 kümmern wir uns um mehr Chancengerechtigkeit - und wir halten unsere Versprechen! Mehr als 15 Milliarden Euro fließen in den kommenden beiden Haushaltsjahren in die Bildung. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, egal ob in der Kita oder in der Berufsschule.

SEIT 2018 IST DER KITA-BESUCH FÜR ALLE KINDER AB DREI JAHREN KOSTENLOS

Die Kitas sind für unsere Kinder der erste Schritt in unser Bildungssystem. Hier werden ihnen abseits der Familie Werte vermittelt. Umso wichtiger sind daher die hohe Qualität und die Verfügbarkeit eines Kita-Platzes. Dafür haben wir mit der Abschaffung der Kita-Gebühren gesorgt.

DRITTE KRAFT IN DER KITA MUSS KOMMEN

Das reicht allerdings noch nicht, denn für eine gute Qualität in der frühkindlichen Bil-

dung brauchen wir die Dritte Kraft! Nur so können in den Kitas auch in Zukunft Projekte in den Bereichen der Demokratiebildung, Gesundheit, Ernährung, Sprachförderung, Sport und Bewegung sowie Musik gezielt unterstützt werden.

LERNMITTELFREIHEIT GILT AUCH FÜR DIGITALE MEDIEN

Schule ist heute auch fester Freizeit- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen. Die Corona-Pandemie hat uns deutlich aufgezeigt, dass es Handlungsbedarf insbesondere beim Thema Digitalisierung gibt. Es stehen für die Beschaffung und Verwaltung neuer Laptops, Computer und Tablets insgesamt 104 Millionen Euro bereit. Durch den Digitalpakt Schule können die Schulen bis zu 30.000 Euro beantragen, um digital aufzurüsten. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir dafür sorgen, dass jedes Kind mit einem Tablet ausgestattet wird. Die Ausstat-

turbo-Abi abgeschafft. Ein großer Gewinn für alle!

MINDESTBESOLDUNG A13 FÜR ALLE LEHRKRÄFTE IN NIEDERSACHSEN

Es gehört jedoch viel mehr dazu: Gute Bildung gelingt nur mit guten Lehrkräften. Sie sind der Schlüssel zum Bildungserfolg einer und eines jeden Einzelnen. Rund 4100 zusätzliche Lehrkräfte konnten in den vergangenen Jahren zusätzlich nach Niedersachsen gelotst werden. Dies sorgt für eine gute Unterrichtsversorgung! Sich auf diesen Zahlen auszuruhen wäre aber der falsche Weg. Unsere Lehrkräfte können nur dann optimal unterrichten, wenn sie auch angemessen dafür entlohnt werden. Daher wollen wir die Mindestbesoldung A13 für alle Lehrkräfte in Niedersachsen – unabhängig von der Schulform!

Auch für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen müssen Auszubildende



tung der Schülerinnen und Schüler ist dadurch nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig: Die Lernmittelfreiheit, eine ursocialdemokratische Idee, wird somit auch auf digitaler Basis umgesetzt.

TURBO-ABI HAT AUSGEDIENT

Doch auch die beste Ausstattung nützt nichts, wenn den Kindern in der Vergangenheit zu wenig Zeit zum Lernen gegeben wurde. Kinder brauchen für ihre Entwicklung Zeit. Deswegen haben wir bereits 2015 das von der CDU eingeführte

endlich kein Schulgeld mehr bezahlen. Und um das Handwerk zu stärken, zahlen wir Gesellinnen und Gesellen nach erfolgreicher Meisterprüfung eine Prämie in Höhe von 4.000 Euro. So geht erfolgreiche sozialdemokratische Bildungspolitik!

Ein durchgängig gebührenfreies Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule ist ein großer Fortschritt für unser Niedersachsen. Miteinander Schritt für Schritt im Dialog, ohne zu überfordern.

So schaffen wir Bildung, die allen Chancen bringt. ■

BURGWEDEL IM GESPRÄCH:

DIE IGS BURGWEDEL –
EINE ERFOLGSGESCHICHTE SEIT 2016

Axel Düker und Dr. Schinze-Gerber vor der IGS Burgwedel.

Nach jahrelangen Forderungen durch die SPD Burgwedel und eine Elterninitiative wurde 2015 der Grundstein für die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule gelegt, die ab 2016 die Oberschule ablösen sollte. Nachdem 2021 der letzte zehnte Jahrgang die Schule verlassen hat, ist es mit der Verabschiedung der ersten Absolventinnen und Absolventen der IGS an der Zeit, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen.

In den ersten drei Schuljahren wurde die IGS von Renate Koch gemanagt. 2019 übergab sie die Leitung der IGS an Dr. Marco Gerhard Schinze-Gerber, der ebenfalls bereits seit Beginn zu Ihrem Schulleitungsteam gehörte.

Wenn man ihn auf die Besonderheiten und Stärken seiner Schule anspricht, kann er einen ganzen Katalog aufzählen: »Wir unterrichten Kinder und Jugendliche, keine Fächer«, so Dr. Schinze-Gerber im Gespräch mit Burgwedel im Blick. Lebens- und berufspraktischer Unterricht u.a. in Form von Technik, Werken, Informatik, Hauswirtschaft sowie die Schülerfirma haben einen sehr hohen Stellenwert neben Kultur- und Sport-

angeboten. Die Förderung der individuellen Kompetenzen und Stärken stehen für ihn und sein Kollegium im Mittelpunkt. Kein Wunder also, dass die IGS gleich über mehrere Leuchtturmprojekte verfügt: Berufs- und Studienorientierung, Umweltschule, Schulhunde, Schulwald, Schülerfirma, digitale Ausstattung, Kooperationsnetzwerk mit Firmen und Vereinen. Regelmäßig präsentiert die IGS neue erfolgreiche Projekte.

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und Mitarbeitenden sind für die Schulleitung und die LehrerInnenvertretung ein wichtiges Thema. Stellvertreter Carlos Adamski ist seit 2019 für Stundenpläne, Vertretungsunterricht und Personaleinsatz verantwortlich. Die Rahmenbedingung für das Personal ist zwar in allen Schulen ähnlich, an der IGS Burgwedel gibt es aber Besonderheiten: »Verlässliche Organisation, Mitbestimmung, Transparenz und Kommunikation. Ein Kollegium, das ein tolles Lehrkräfte-Team ist und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeichnen die Arbeitsbedingungen an unserer Schule aus«, so der stellvertretende Schulleiter. Zufriedene und wertgeschätzte Kolleginnen und Kolle-

gen seien schließlich ein wichtiger Faktor für ein gutes Schul- und Unterrichtsklima.

Seit der Übernahme der Schulleitung kamen gleich zwei Mammutaufgaben auf Dr. Schinze-Gerber und sein Team zu. Zum einen die Corona-Pandemie. Bereits im Februar 2020, mehrere Wochen vor dem ersten Lockdown, hatte das Schulleitungs-Team einen Notfallplan entwickelt, falls die Schule schließen müsste. »Wir waren damals schon vor den Osterferien bereit für Homeschooling,« so Dr. Schinze-Gerber. »Selbstverständlich mussten einige Prozesse optimiert werden, da die gesamte Situation für alle Neuland war, aber es ist kein Schüler zurückgelassen worden und die Schule hat das Bestmögliche aus der Krisensituation gemacht.«

Nachdem die Corona-Einschränkungen in 2022 gelockert wurden, kam die nächste Herausforderung durch die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine. Innerhalb kürzester Zeit wurden die Sprachförderstunden verdoppelt und die 25 ukrainischen Schüler herzlich aufgenommen sowie in die Schulgemeinschaft integriert. Parallel dazu wurden diverse Sammelaktionen und Thementage in der Schule umgesetzt.

Sechs Jahre nach Gründung der IGS lässt sich also festhalten, dass nach der Oberschule viel mehr als ein »Etikettentausch« erfolgte. Neue Menschen, Ideen, Projekte und Unterrichtsformen haben das Bild der IGS gestaltet und schon sind die nächsten Meilensteine in Planung: Umgestaltung zu klimafreundlichen Schulhöfen, Aufbau einer Schul-Rockband und der weitere Ausbau des digitalen Unterrichts stehen bereits auf der Agenda.

Unsere IGS ist weiterhin auf einem guten Weg. ■

WAS IST EINE IGS?

In den Klassen lernen Schülerinnen und Schüler aller Begabungsprofile gemeinsam. Möglich sind alle Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen. Für das Abitur muss in Burgwedel dann allerdings die Schule gewechselt werden. ■

»WAS MACHT DIE KRANKENHAUSPLANUNG FÜR GROSSBURGWEDEL?«

Bereits 2016 hat sich die SPD-Regionsfraktion Hannover mit einem Grundsatzbeschluss zum Neubau der Klinik in Großburgwedel bekannt, um die medizinische Versorgung im Nordosten der Region zu sichern und weiterzuentwickeln. Beim geplanten Neubau in Großburgwedel geht es vor allem um eine Modernisierung des Klinikgebäudes und eine Spezialisierung im Bereich Herzkatheter und Darmkrebsoperationen. Mit der Ausrichtung nicht mehr nur als Grund-, sondern als Spezialversorger soll ein Standort entstehen, der mittel- bis langfristig eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region sicherstellt. »Die Dezentralität der Krankenhauslandschaft in unserer Region Hannover ist eine Stärke, gleichzeitig müssen sich die Einzelstandorte stärker profilieren. Der Neubau des Krankenhauses

in Großburgwedel ist ein wichtiger Baustein im Rahmen dieser Strategie und wird zu einer zukunftssicheren Gesundheitsversorgung in der Region beitragen«, sagt die SPD-Regionsabgeordnete Anja Sander.

Auf rund 50.000 Quadratmetern an der Kreuzung Heisterholz und Hannoversche Straße zwischen Großburgwedel und Isernhagen soll der Neubau entstehen. Dieser Standort eignet sich wegen der hervorragenden verkehrlichen Anbindung. Die Bauarbeiten sollen 2024/25 beginnen und 2029 soll es in Betrieb gehen. Bereits bei der Festlegung auf das neue Grundstück hat die SPD Burgwedel die Entwicklung von genossenschaftlichem Wohnungsbau gefordert. Das KRH hätte damit die Chance, einen Teil der Wohnungen für ihre Mitarbeitenden zu sichern.

Sowohl das Land Niedersachsen als auch die Region Hannover haben ihre finanziellen Zusagen für den Neubau gemacht. Die Planungen könnten sich aufgrund der allgemeinen Baukostensteigerungen und der Unterbrechung von Lieferketten durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg verzögern. »Obwohl es beim Zeitplan noch zu Verzögerungen kommen könnte, ist uns allen klar, dass der Neubau des Krankenhauses in Großburgwedel von großer Bedeutung ist und einen Gewinn für die gesamte Region darstellt«, stellt die SPD-Regionsabgeordnete Leyla Hatami aus Isernhagen fest. ■

Für Rückfragen erreichen Sie die SPD-Regionsabgeordneten Anja Sander unter: Anja.Sander@regionsversammlung.de und Leyla Hatami unter: Leyla.Hatami@regionsversammlung.de

UMWELTPAKT BURGWEDEL – ODER LIEBER DOCH NICHT?



Vor nunmehr 50 Jahren veröffentlichte der Club of Rome das erste Mal die Studie »Die Grenzen des Wachstums«. Diese Studie legte dar, dass angesichts des Bevölkerungswachstums, der Nahrungsmittelproduktion sowie der Industrialisierung und Umweltverschmutzung ein Kollaps der Erde eintreten würde, wenn sich das Verhalten nicht

ändert. Heute zweifelt kaum noch jemand ernsthaft daran, dass der Klimawandel menschengemacht ist und sehr dringend eine Veränderung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig ist.

Im November 2019 stellte die Burgwedeler Verwaltung mit dem damaligen Bürgermeister Axel Düker im Ausschuss für Bau, Planung

und Umwelt das Vorhaben »Umweltpakt Burgwedel« vor. Denn auch auf der Ebene der Stadt kann und muss etwas für den Schutz von Klima und Umwelt getan werden.

Gemeinsam mit der Klimaschutzagentur der Region Hannover sollten Leitlinien erarbeitet werden, an denen sich das Han-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

deln der Stadtverwaltung künftig orientieren kann, wenn es um Vorhaben geht, die Klima und Umwelt (mit)betreffen. Und das sind ja sehr viele. Also eine gute Idee!

So benannte jede Fraktion ein bis drei Mitglieder für die Arbeit am Umweltpakt. Das erste Treffen fand bereits am 19.2.2020 statt. Auch die Öffentlichkeit sollte im Laufe des Prozesses einbezogen werden.

Zu jedem Arbeitstreffen wurde von der Klimaschutzagentur ein Papier zur Vorbereitung der Mitglieder vorbereitet.

So wurden nach und nach die Themen

- Bauen, Sanieren und Energieeffizienz
- Erneuerbare Energien
- Mobilität
- Biodiversität/Naturschutz/Bodenschutz/Landschaftsschutz/Artenschutz

- Sonstiger Klima- und Umweltschutz sowie regionale Wertschöpfungsketten
- und das Thema Wasser als Querschnittsthema, d. h. in allen anderen Bereichen von Bedeutung, teils heftig diskutiert.

Selbstverständlich waren sich nicht alle einig, manche Teilnehmer:innen wollten klare Vorgaben haben, andere alles möglichst unverbindlich und offen lassen.

Nach diesen Arbeitstreffen fasste die Klimaschutzagentur die Diskussionen zusammen und legte Protokolle vor. Durch die Corona-Pandemie bedingt hat sich der ganze Prozess immer wieder etwas verschoben, durch Online-Sitzungen ging es aber dennoch gut voran.

Am 9. November 2021 wurde der erste Entwurf für das Ergebnispapier schließlich

mit einer Einladung für den 23.11.2021 an die Mitglieder des Umweltpaktes verschickt. In der Zwischenzeit hatte Bürgermeisterin Ortrud Wendt Bürgermeister Axel Düker abgelöst. Es gab aber die Vereinbarung, dass der Umweltpakt noch von den bisherigen Ratsmitgliedern, die nur zum Teil jetzt noch im Rat sind, zu Ende vorbereitet wird.

Die Sitzung wurde abgesagt und seit mehr als einem halben Jahr ist leider gar nichts mehr geschehen.

Wir zerstören die Lebensgrundlage der jüngeren Generationen, wenn wir in diesem Tempo weiterarbeiten. Das kann doch auch nicht im Sinne der Burgwedeler »Regierungsparteien« sein. Daher die klare Aufforderung, einen Umweltpakt mit klaren Schritten für einen aktiven Klima- und Umweltschutz in Burgwedel voranzubringen! ■

DROHEN MASSIVE STEUERERHÖHUNGEN ODER VERSCHULDUNG?

Bürgermeisterin und CDU/FDP kippen Grundsatzbeschluss zu wiederkehrenden Beiträgen zur Finanzierung der Straßensanierungen in Burgwedel

Noch am 15. März 2018 war sich eine große Mehrheit im Stadtrat in einem Grundsatzbeschluss einig: Die ehemalige Satzung zur Finanzierung der Straßensanierungen sollte durch ein gerechteres Verfahren, die Einführung wiederkehrender Beiträge in definierten Abrechnungsbieten, ersetzt werden.

Statt einer Kostenübernahme durch die Anrainer der betroffenen Straßen sollten zukünftig Abrechnungsgebiete definiert werden: In der Folge hätten Grundstückseigentümer der benannten Abrechnungsgebiete die Kosten gemeinsam in einem Umlageverfahren zu tragen. Konnten nach der alten Satzung einzelne Grundeigentümer mit anteiligen Beiträgen von bisweilen mehr als 10.000 Euro rechnen, beziehen die ursprünglich geplanten wiederkehrenden Beiträge alle Eigentümer eines Abrechnungsgebietes ein, so dass die Maßnahmenkosten auf viele Schultern verteilt werden. Und das auch nur, wenn in dem Abrechnungsgebiet tatsächlich Straßen saniert werden.

Diese Entscheidung soll nun keine Gültigkeit mehr haben. Die Gruppe CDU/FDP hat in der Ratssitzung am 31.3.2022 den Beschluss gekippt und will zukünftig die Straßensanierungen über die Grundsteuer finanzieren.

Die Gruppe SPD/Grüne hat diesen Vorschlag abgelehnt:

1. Steuern sind nie zweckgebunden. Die Grundsteuer kann und muss in Zeiten von Haushaltsdefiziten für die Sanierung des Haushalts verwendet werden. Geplante Straßensanierungen werden in diesem Fall nicht umgesetzt und niemand profitiert.
2. Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass sich in der Mehrheitsfraktion der CDU/FDP die Lobbyisten der Grund- und Mietshausbesitzer durchgesetzt haben. Grundsteuern werden in der Regel über die Nebenkostenabrechnungen auf die Mieter abgewälzt. Ein erheblicher Teil der Straßensanierungen wird in der Folge insbesondere alle Mieter belasten.
3. Besitzer von Eigentum in Neubaugebieten werden durch den Wegfall der Verschonungsregel doppelt belastet, weil über die Erschließungsbeiträge bereits eine Kostenbeteiligung erfolgt ist.

Das ist ungerecht und schädigt vor allem die Menschen in Burgwedel, die keine Chance hatten, Wohneigentum zu begründen, oder als junge Hausbesitzer zusätzlich belastet werden.

Um für die Straßensanierung einen zu-

sätzlichen Betrag von ca. 2 Mio. Euro über die Grundsteuer bereit zu stellen, müsste eine Erhöhung des Hebesatzes von 455 auf 665 erfolgen, das sind gut 46 %. Diese Erhöhung wirkt dauerhaft, ob Straßen saniert werden oder nicht. Wir lehnen das Vorgehen im Zusammenhang mit einer möglichen Grundsteueranhebung ab und setzen uns weiterhin für die transparenten, gerechteren und sozialeren wiederkehrenden Beiträge ein.

Wir lehnen in der momentanen extrem angespannten Belastung der Bürger:innen Grundsteuererhöhungen kategorisch ab.

Das scheint im Moment auch nicht das Thema zu sein, deswegen sind wir gespannt, wie sich die Mehrheitsgruppe in Zukunft die Finanzierung von Straßenausbauten vorstellt.

Es bleibt trotz der hohen Sanierungskosten für unsere Straßen völlig unklar, wie die Bürgermeisterin hier vorgehen will. Langfristig wird es kaum möglich sein die entstehenden Kosten aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. Es besteht die große Sorge, dass die Bürgermeisterin entweder einen Stillstand in der Straßenunterhaltung verursacht oder den soliden Haushalt der Stadt Burgwedel fahrlässig in die Verschuldung führt. ■

DIGITALE DÖRFER

Eine Plattform zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

»Wir suchen eine Wohnung für eine ukrainische Flüchtlingsfamilie ...«, »Ich habe ein Kinder-Fahrrad abzugeben ...« oder »Morgen spielt unser Fußballverein in ...«, viele solcher Anzeigen oder in ähnlicher Form sind sicherlich vielen Burgwedeler:innen in den lokalen Facebook- oder WhatsApp-Gruppen aufgefallen. Früher gab es das schwarze Brett oder den Dorftreff, wo man Neuigkeiten ausgetauscht hat, heute findet ein Großteil der Kommunikation in digitaler Form statt.

Schon seit längerem gibt es Überlegungen dazu, wie man den Austausch zwischen den Einwohner:innen in einer ländlichen geprägten Region verbessern kann, sodass alle von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren.

Eine solche Initiative sind die Digitalen Dörfer, die am Jahresanfang als Pilotprojekt in Südniedersachsen gestartet sind. Das Projekt wird vom Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung gefördert und ist eine Kooperation der Stiftung Digitale Chancen und eines Fraunhofer-Instituts. Lösungen zur Digitalisierung sollen im ländlichen Raum vorangebracht werden, um eine Spaltung zwischen Stadt und Land zu vermeiden. Die Plattform Digitale Dörfer stellt dazu verschiedene digitale Werkzeuge zur Verfügung. Ziel ist dabei die Vernetzung von kommunaler Verwaltung und Einwohner:innen zu verstärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Die Verwaltung kann wichtige Informationen direkt und digital an die Bürger:innen weitergeben, Nachbar:innen können sich digital untereinander austauschen. Die Möglichkeiten der Digitalen Dörfer-Plattform sind unter anderem:

DORFFUNK (APP)

Eine Smartphone App, die als Kommunikationszentrale dient und alle wichtigen Neuigkeiten aus dem Dorf darstellt. Die Benutzer können mit der Verwaltung aber auch untereinander funken bzw. sich Nachrichten schicken. Kleinanzeigen und Hilfsangebote können erstellt und mit anderen Nutzern geteilt werden. Vereine und andere Gruppen können z.B. auf Sportveranstaltungen und Konzerte aufmerksam machen.



DORFNEWS UND DORFPAGES

Die DorfNews ist eine zentrale Webseite, auf der alle Neuigkeiten und Informationen aus der Kommune dargestellt werden. Auf den DorfPages kann sich jedes Dorf bzw. jeder Ortsteil präsentieren und z.B. auf Sehenswürdigkeiten oder seine Ortsgeschichte hinweisen.

DIGITALER SCHAUKASTEN

Der digitale Schaukasten bringt die Neuigkeiten und Ankündigungen direkt auf den Marktplatz, das Rathaus oder den Dorfplätzen, ähnlich wie die herkömmlichen Glashaushaltskästen. Menschen ohne digitalen Zugang können so erreicht werden.

LÖSBAR

Bürger:innen können über einen »Sag's uns«-Kanal im DorfFunk direkt mit der Verwaltung in Kontakt treten und auf Mängel wie z. B. eine defekte Straßenlaterne aufmerksam machen. Wünsche und Vorschläge können direkt bei der Verwaltung eingereicht werden. Die LösBar hilft den Verwaltungsangestellten die Nachrichten zu bearbeiten und entsprechende Lösungsangebote zu kommunizieren.

Neben diesen Elementen stellt die Plattform bei Bedarf noch weitere Ange-

bote zur Verfügung. So existiert z.B. mit der KaufBar eine Lösung für den Einzelhandel oder Hofläden, um regionale Waren und Angebote für die Einwohner:innen zu präsentieren und digital verfügbar zu machen.

Die gute Nachricht: Die Digitale Dörfer Plattform kann jetzt in ganz Niedersachsen genutzt werden. Niedersächsische Kommunen können sich als »Digitales Dorf« bewerben und dann bis 2025 die Elemente der Plattform ohne finanzielle Eigenleistung nutzen. Auch nach der Projektlaufzeit betragen die Gebühren für den Betrieb der Plattform nur wenige hundert Euro.

Die SPD Burgwedel begrüßt die Initiative des Landes Niedersachsen ausdrücklich und sieht darin für die Stadt Burgwedel eine Chance die Digitalisierung weiter voranzutreiben. »Gerade die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben gezeigt, wie wichtig es ist, möglichst schnell und effektiv Bürger:innen miteinander zu vernetzen, die gerne bereit sind Hilfe in diesen Krisensituationen zu leisten«, meint Stadtratsmitglied Christian Raab. »Digitale Netzwerke wie z.B. der DorfFunk können den nötigen Kontakt sowohl mit der Stadtverwaltung, als auch untereinander schnell herstellen und so ein Helfer:innen-Netzwerk einfach organisieren. Digitale Hilfsmittel wie der DorfFunk und der Digitale Schaukasten können so einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Burg-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

wedel mit seinen sieben Ortsteilen stärker miteinander zu vernetzen.«

Die digitale Kommunikation läuft heute in den meisten Ortsteilen über separate Facebook-Gruppen. Facebook ist zwar kostenlos, sammelt dafür aber Nutzerdaten und verdient Geld durch gezielte Werbung. Der DorfFunk ist für die Nutzer auch kosten-

los, es wird dort keine Werbung angeboten und der Austausch von Nachrichten läuft datenschutzkonform. Vereine oder ehrenamtliche Gruppen können zudem recht einfach auf ihre Veranstaltungen und Initiativen aufmerksam machen. Der Nutzer des DorfFunks kann zudem seine Reichweite frei wählen. Er entscheidet, ob er nur die Nachrichten aus seinem Ortsteil oder aus dem

gesamten Stadtgebiet lesen möchte. »Die Digitalen Dörfer sind eine sinnvolle Lösung, um die Kommunikation untereinander und zur Stadtverwaltung transparenter und effizienter zu gestalten. Wir werden daher einen Antrag zu diesem Thema im Stadtrat stellen«, so Christian Raab. ■

Weitere Informationen gibt es auf www.digitale-doefer-niedersachsen.de

NEUE SPD-MITGLIEDER STELLEN SICH VOR

**RALF HULACZ**

57 Jahre, Kfm. Angestellter

Warum bin ich in die SPD eingetreten

Ich habe schon seit längerem darüber nachgedacht politisch aktiv zu werden und so habe ich die Initiative ergriffen und besuchte im September 2021 das traditionelle Sommerfest der SPD Burgwedel. Nach vielen guten und interessanten Gesprächen habe ich an diesem Tag gleich die Gelegenheit genutzt und vor Ort einen Mitgliedsantrag ausgefüllt.

Ich habe mich für die SPD entschieden, da sie Werte vertritt, die mir am Herzen liegen. Soziale Gerechtigkeit ist für mich ein wichtiges Ziel, für das ich mich gerne einsetzen möchte. Auch der zunehmende Populismus in Deutschland und Europa, der ungerecht verteilte Wohlstand und auch die zunehmende Spaltung der Gesellschaft haben mich dazu bewegt in eine Partei einzutreten.

Ich will das demokratische System unterstützen, denn im Grundgesetz steht, dass die Parteien auf die politische Willensbildung des Volkes einwirken. Und eben durch

demokratische Wahlen zeigt sich der Wille des Volkes. Deshalb müssen auch Parteien demokratisch organisiert sein, um den Wählern zu ihrem Willen zu verhelfen. Das funktioniert aber nur durch Mitglieder, die Ideen und Vorschläge einbringen und diskutieren oder auch mal für die Sache streiten.

Ich hatte bereits die Möglichkeit an diesen demokratischen Prozessen teilzunehmen, indem ich zweimal als Delegierter auf einer Delegiertenkonferenz meine Stimme abgeben durfte. Da lernte ich auch gleich, so ganz nebenbei, unseren Ministerpräsidenten Stephan Weil kennen. Das war so als Neuling schon richtig spannend.

Man lernt die politischen Prozesse kennen und versteht eher, warum auch Kompromisse gefunden werden müssen. Und ganz nebenbei lernt man viele interessante Leute kennen. ■

**NIKOLAS SOBIELLA**

22 Jahre, Ausbildung zum Bankkaufmann

Mein Eintritt in die SPD hat mit dem Kampf gegen rechte Strukturen innerhalb unserer Gesellschaft und dem Schaffen von mehr

sozialer Gerechtigkeit zu tun. Herzenthemmen eines jungen Menschen sind oft gute und für jeden zugängliche Bildung sowie zuverlässige Mobilität – ohne dabei die Nachhaltigkeit aus dem Auge zu verlieren.

All diese Dinge vereinen sich für mich in der Partei, die nächstes Jahr bereits 160 Jahre für Demokratie und Gerechtigkeit einsteht. Und daher sehe ich hier meinen Beitrag, diesen Weg weiter mitzugehen und das Werk fortzusetzen, das Deutschland stark geformt hat seit seinem Bestehen.

Mir persönlich ist es wichtig, wie in meinem Beruf Ansprechpartner für alle zu sein und nach Möglichkeit jedem Gehör zu schenken. Aber auch ein lebendiges Gespräch suche ich mit meinem großen Lächeln gerne in ganz Burgwedel.

Meine letzten Zeilen möchte ich als Dank an alle meine Genossinnen und Genossen richten in Burgwedel: Danke, dass Ihr für jede Frage zu haben seid und euch jeden Tag und jede Woche für die Interessen anderer einsetzt. Vor allem Julian Kienast und Andreas Strauch gilt mein besonderer Dank, da die beiden für jede Frage offen sind und mich immer unterstützen! Das ist Sozialdemokratie, wie sie im Buche steht, denn: Was einer alleine nicht schafft, das schaffen viele. ■

JANETT ZWALINNA

41 Jahre, Volljuristin

Meine Motivation in die SPD einzutreten

Ich bin kurz nach der letzten Bundestagswahl in die SPD eingetreten, weil meine Lippenbekenntnisse noch nie etwas geändert, fort- oder weiterentwickelt haben.

Kurz nach der Wahl saß ich in einem Berliner Café und habe mich mit einer neu

in den Bundestag gewählten Abgeordneten (auf Wohnungssuche) unterhalten. Wir haben uns über Ideen, Engagement und die Wahrung der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung unterhalten. Das Grundgesetz hat eine freiheitliche und demokratische Ordnung errichtet, die der individuellen, aber auch der kollektiven Selbstbestimmung des Volkes den größtmöglichen Raum gewährt. Doch anders als seine Vorgängerverfassungen setzt das Grundgesetz der Freiheitsausübung des Einzelnen sowie demokratischen Entscheidungen letzte Grenzen, um zentrale Grundprinzipien der Ordnung selbst zu schützen. Dieser Selbstschutzmechanismus der Verfassung wird als wehrhafte oder auch streitbare Demokratie bezeichnet. Er soll – in den Worten des BVerfG – sicherstellen, »dass Verfassungsfeinde nicht unter Berufung auf

die Freiheiten, die das Grundgesetz gewährt, und unter ihrem Schutz die Verfassungsordnung oder den Bestand des Staates gefährden, beeinträchtigen oder zerstören«.

Aus diesen Gründen habe ich das Gespräch in einem Berliner Café als Anstoß genommen, Politik aktiv mit zu gestalten, damit mein Wille als Wählerin zur Wirkung kommt.

Meiner Ansicht nach verdeutlicht die Mitwirkung in Parteien den Spagat aus notwendiger Kontrolle und Raum für politisches Handeln, insbesondere um einer unumkehrbaren Umformung der Verfassungsordnung in illiberalem Geist vorzubeugen. Mit meiner aktiven Mitarbeit möchte ich so den demokratischen Charakter des politischen Prozesses sichern.

Meiner Ansicht nach dient die Mitgliedschaft in einer Partei damit der Vorbereitung der Herstellung politischer Entscheidungen,

denn im Vorfeld der Einflussnahme auf Entscheidungen im Parlament steht immer auch das politische Geschehen auf kleinster Ebene.

Verantwortung bedeutet für mich aus den genannten Gründen, die Unterstützung des demokratischen Systems. In jüngerer Zeit wird auch für die EU die Frage ihrer Wehrhaftigkeit aufgeworfen. Konkret geht es um die Frage, was die EU angesichts von Angriffen auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in verschiedenen Mitgliedstaaten der Union, insbesondere in Ungarn und Polen, tun kann, tun sollte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang mit einem Zitat schließen. Berühmt sind die Worte von Carlo Schmid, mit denen er vor dem Parlamentarischen Rat zum »Mut zur Intoleranz denen gegenüber« aufrief, »die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen«. ■

DIVERS IN BURGWEDEL



Daniel Diedrich, Anne-Kathrin Kracke, Susanne Dannhauer stellen die Regenbogen-Bank vor.

Dem Thema LGBTIQ* Raum geben – so entstand die Idee einer Dialogveranstaltung, die im April im Amtshof in Burgwedel, gemeinsam mit Burgwedel Bürger:innen und dem Verein »Einzigartig« aus der Wedemark, stattgefunden hat.

Wie ist es trans* zu sein und wie geht die Gesellschaft damit um? Was bedeuten die zahlreichen Begriffe zu dem Thema genau? Welche Logistik im Umfeld ist zu berücksichtigen und wie lautet die formale Anrede einer Person im Transformationsprozess eigentlich?

Diese und zahlreiche andere Fragen beantworteten Anne-Kathrin Kracke und Daniel Diedrich von der Initiative »Einzigartig« in einem Impulsvortrag zur Historie, bestehenden Strukturen und Unterstützungsangeboten. Im Anschluss an den Vortrag gab es ausreichend Zeit für Austausch und eine lebhafte Diskussion folgte.

Außerdem haben die Vortragenden eine Regenbogen-Bank gegen Diskriminierung und Rassismus mitgebracht, die auf Spendenbasis für die Stadt Burgwedel erworben

werden konnte. Im Rahmen dieses erfolgreichen Projekts wurden bereits zahlreiche der individuell angefertigten Bänke in der Region aufgestellt. Ein echter Hingucker!

Die Besucher waren spendabel und der Standort war schnell entschieden: Die Bank lädt fortan im neuen Zugangsbereich zum Jugendzentrum in der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule zum Sitzen ein.

Um das Thema erneut aufzugreifen und den Zugehörigen eine Plattform zu bieten, ist ein Kinoabend für Queere am Dienstag, 11. Oktober um 19 Uhr im Amtshof geplant. Gezeigt werden soll der Filmklassiker *Pride* aus dem Jahr 2014 – *Pride* erzählt von einer Gruppe homosexueller Aktivisten, die 1984 für streikende Bergleute Geld sammelten.

Weitere Aktionen sind geplant, Vorschläge sind willkommen! ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Burgwedel
Hannoversche Straße 9, 30938 Burgwedel
V.i.S.d.P.: Andreas Strauch

Redaktion: Karin Beckmann, Anke Bsteh, Susanne Dannhauer, Axel Düker, Ralf Hulacz, Christian Raab, Jochen Rödiger, Janett Zwalinna

Bildnachweis: pixabay, Wohnpark Großburgwedel, Oliver Weiße, Laurence Chaperon, Fionn Grosse

Gestaltung und Satz: Anette Gilke

Druck: QUBUS media GmbH, Hannover

 **Klimaneutral**
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53326-2208-1026

BLICK NACH BERLIN – VON REBECCA SCHAMBER

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



seit September 2021 darf ich Sie als direkt gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertreten.

Diese ersten Monate waren und sind geprägt durch die Herausforderungen der Corona-Pandemie und seit dem 24. Februar durch den brutalen Überfall Putins auf die Ukraine. Dieses Datum markiert einen fundamentalen Bruch mit unserer bisherigen Sicherheitsarchitektur in Europa.

Darauf folgten grundlegende und weitreichende Entscheidungen, die künftig unser außen- und sicherheitspolitisches Handeln betreffen.

Das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro zur Ausstattung unserer Truppen ist ein Schritt, um unsere Verteidigungsfähigkeit sicher zu stellen und hin zu mehr Verantwortung innerhalb Europas und der NATO. Grundsätzlich gehört hierzu eine neue Sicherheitsstrategie, die verschiedenste Politikfelder betrifft.

Welche Bedeutung auch unsere Energieträger in diesem Zusammenhang haben, müssen wir gerade erfahren. Darum und weil wir uns fest vorgenommen haben, bis 2045 Treibhausgasneutralität erreicht zu haben, hat der Deutsche Bundestag dem Ausbau Erneuerbarer Energien höchste Priorität eingeräumt. Wir haben gesetz-

lich festgelegt, dass sie im überragenden öffentlichen Interesse liegen. So erhalten sie künftig bei Genehmigungen absoluten Vorrang. Damit werden Planungs- und Genehmigungsverfahren einfacher und schneller.

Die Inflation und die steigenden Preise sind aktuell sicher für die meisten besorgniserregend.

Der Bundestag hat bisher zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht, die nun Stück für Stück Wirkung entfalten. Z.B. ab 1. Juli: die Umlage für Erneuerbare Energien als Aufschlag auf den Strompreis entfällt, der 100-Euro-Kinderbonus sowie der Corona-Bonus für Grundsicherung werden ausgezahlt, die Renten erhöhen sich um 5,35% (West) und 6,12% (Ost). Ein besonderer Meilenstein wurde bereits in den ersten Monaten umgesetzt: 12 Euro Mindestlohn. Von dieser Erhöhung profitieren ab 1. Oktober sechs Millionen Beschäftigte.

Mir ist bewusst, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, um die steigenden Kosten zu kompensieren. Gänzlich wird der Staat dies auch nicht leisten können. Fakt ist, wir haben Krieg in Europa. An weiteren Entlastungsmaßnahmen wird dennoch stetig gearbeitet. Der Kanzler ist hierfür im engen Austausch mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesbank, um der Inflation etwas entgegen zu setzen.

Auch wenn ich sehr gerne mehr Optimismus und frohe Botschaften verbreiten wollen würde:

Es ist gerade Zeit, dass wir uns alle unterhaken. Wir haben einen starken Staat und eine großartige Zivilgesellschaft. Zusammen wird es uns gelingen diese multi-komplexen Krisen zu meistern. ■

